

Fred Oldenburg

Die sowjetische Deutschlandpolitik im Vereinigungsprozeß

Schriftliche Vorlage

Analyse

1. a) Die Handlungsspielräume der sowjetischen Führung waren zu Beginn der Ära Gorbatschow eingeschränkt.¹ Seit den fünfziger Jahren – nach der Liquidierung Berlias 1953 einerseits und der Aufnahme der BRD in die NATO im Mai 1955 andererseits – hatte sich die sowjetische Führung eindeutig für die Teilungsoption entschieden.² Andere Optionen waren zuvor propagandistisch versucht worden, doch am Widerstand der Westmächte gescheitert. Zu einer Wiedervereinigung auf freiheitlich-demokratischer Grundlage aber war die

1 Für eine Aufarbeitung sowjetischer Deutschland-Politik nach 1945, vgl. R. Fritsch-Bournazel: Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Opladen 1979; M. Gorbatschow: Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Deutschen. Düsseldorf 1990; H.-A. Jacobsen, J. Löser, D. Proektor, S. Slutsch (Hrsg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941-1995. Baden-Baden 1995; B. Meissner: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa, Jg. 35, No. 9, 1985, S. 631-652; J. McAdams: Germany Divided: From the Wall to Reunification. Princeton 1991; F. J. Novik: SSSR-FRG: problemy sossušestvovaniija i sotrudničestva, 1975-1986. Moskau 1987; W. Pfeiler: Deutschlandpolitische Optionen der Sowjetunion. Melle 1987; M. Sodaro: Moscow, Germany, and the West from Khrushchev to Gorbachev. Ithaca, London 1990; G. Wettig: Stadien der sowjetischen Deutschlandpolitik, in: Deutschland Archiv, Jg. 23, 1990, S. 1070 ff. Vgl. zur Analyse der Wiedervereinigung u. a.: H. Adomeit: Gorbachev and German Unification: Revision of Thinking, Realignment of Power, in: Problems of Communism, Jg. 39, No. 4, Juli-August 1990, S. 1-23; ders.: Gorbachev, German Unification and the Collapse of Empire, in: Post-Soviet Affairs, Jg. 10, No. 3, Juli-September 1994, S. 197-230; R. Biermann: Zwischen Krenl und Kanzleramt. Paderborn 1997; R. Fritsch-Bournazel: Europa und die deutsche Einheit. Stuttgart u. a. 1990; T. Garton Ash: Im Namen Europas: Deutschland und der geteilte Kontinent. München, Wien 1993; K. Kaiser: Deutschlands Vereinigung: Die internationalen Aspekte. Bergisch-Gladbach 1991; I. N. Kuz'min: Krušenie GDR. Moskau 1997; F. Oldenburg: Sowjetische Europa-Politik und die Lösung der deutschen Frage, in: Osteuropa, Jg. 41, No. 8, S. 751-773; ders.: The Settlement with Germany, in: N. Malcolm (Hrsg.): Russia and Europe: An End to Confrontation? London 1994, S. 99-122; N. V. Pavlov: Ob"edinenie ili rasskaz o rešenii germanskogo voprosa s kommentarijami i otstuplenijami. Moskau 1992; E. Pond: Beyond the Wall: Germany's Road to Unification. New York 1993; D. H. Shumaker: Gorbachev and the German Question: Soviet-West German Relations, 1985-1990. Westport, London 1995; P. Zelikow, C. Rice: Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft. Cambridge, Mass.; London 1995; G. Wettig: Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und der Einleitung des deutschen Einigungsprozesses, in: J. Elvert, M. Salewski (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart 1993, S. 39-63; ders.: Die Transformation vom kalten Krieg zu den gegenwärtigen Herausforderungen, in: Außenpolitik, Jg. 48, No. 2, S. 107-116; zur Lage der DDR im weltpolitischen Kräftefeld siehe auch U. Albrecht: Die Abwicklung der DDR. Opladen 1992; J. Hacker: Die außenpolitische Lage der DDR und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: Deutschland im weltpolitischen Umbruch. Berlin 1993, S. 55-106.

2 Pfeiler 1987.

UdSSR nicht bereit. Die Teilung Deutschlands und die Kontrolle der DDR wie auch die Teilung Berlins galten als Preis des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Mehr als andere ideologisierte Floskeln fand die patriotische Propaganda positiven Widerhall bei den Völkern der Sowjetunion – und nicht nur dort.³

b) Mit der prioritären Festlegung auf den dauernden Erhalt der DDR war diese vor Gorbatschow in eine ungewöhnlich günstige bargaining-Position versetzt worden.⁴ Ihre Schwäche wurde zu einem dauernden Bindemittel der Sowjetblocksolidarität. Sie führte auch zur koordinierten Errichtung der Mauer in Berlin. Durch die wiederholte Bestandsgarantie für die DDR war eine weitere Optionfestschreibung erfolgt. Sie beschränkte eine Erweiterung des sowjetischen Handlungsspielraums nach Westen. Es bleibt bemerkenswert, wie energisch sich Gorbatschow persönlich zwischen 1984 (als Mitglied des Politbüros der KPdSU) und 1986 (als Generalsekretär) gegen eine weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten ausgesprochen hatte. Konföderationsangebote und -planungen scheinen nicht zu den Optionen Gorbatschows gehört zu haben. Ebenso wenig wie die dringend notwendige Humanisierung und Effizienzstärkung des DDR-Systems unter Honecker.

c) Eine sehr begrenzte Kooperation mit der BRD war jedoch schon unter dem späten Chruschtschow (1962 – 1964) angestrebt worden. Sie wurde erst unter Breschnew mit dem Moskauer Vertrag (August 1970) und dem Berlin-Abkommen (September 1971) sowie dem Vertragswerk bis zur Helsinki-Schlußakte (August 1975) auf der Grundlage der Festschreibung des Nachkriegs-Status-quo gewährleistet, freilich um den Preis des Korbs III der Schlußakte und der Rollenstärkung der DDR.

d) Die UdSSR blieb jedoch an die Interessenlage der SED-Führung gebunden. Letztere lotete unter diesem Schirm sowohl zu Zeiten der Entspannung wie des Neo-Containment weitgehend eigenmächtig Handlungsspielräume aus. Dies führte sowohl Ende der sechziger wie auch seit Beginn der achtziger Jahre zu schweren Vertrauenskrisen zwischen Moskau und Ostberlin. Im Gedächtnis der sowjetischen Führung gespeichert, erschien die SED-Führung auch unter Honecker wegen der ungelösten nationalen Frage und einer zunehmenden Penetration durch die Bundesrepublik (wirtschaftliche Abhängigkeit) als unsicherer Spieler im internationalen System. Die subjektive Entfremdung zwischen Moskau und Ostberlin lag allerdings auch in objektiven Ursachen begründet (abnehmende Schutzgarantie der sowjetischen Vormacht; nachlassendes Engagement Moskaus für die Stabilität seiner engsten Verbündeten wegen des Ausgreifens in die Dritte Welt; ökonomischer Niedergang und Reduzierung sowjetischer Energielieferungen).

3 A. Èernjaev: Ob'edinenie Germanii. Političeskie mehanizmy i psihologičeskie stereotipy, in: Svo-bodnaja mysl', No. 8 (1465), August 1997, S. 25 f.

4 M. Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 928 f.

e) Wie Gorbatschow selbst mitteilte, war auch er zu Beginn seiner Amtszeit von der deutschen Teilungsoption fasziniert. Galt die DDR zu Beginn des Amtsantritts Gorbatschows im März 1985 als privilegierter Verbündeter – anfangs sogar als Modell der Beschleunigungsstrategie –, so wurde die Bundesrepublik bis 1988 als wichtigster Mitspieler an der Seite der Vormacht des gegnerischen Lagers, der USA, perzipiert. Um die Architektur des europäischen Nachkriegshauses nicht zum Einsturz zu bringen, existierte offiziell die deutsche Frage in Moskau bis Ende 1989 nicht. Nach Bekunden des engen Gorbatschow-Beraters Tschernjajew galten die DDR-Deutschen als „unsere“. Tschernjajew: „Was das Verständnis von Deutschland betraf, so wurde es mit Westdeutschland gleichgesetzt.(...) Die deutsche Frage, wie sie seit Adenauers Zeiten dargestellt wird, existierte bis zur Perestrojka nicht. Wir haben sie offiziell nicht anerkannt, weil wir ihren Endsinn gut verstanden.“⁵

f) Bis 1988 hatte die sowjetische Führung ihren Handlungsspielraum nur mit geringer Intensität und erst mit zeitlicher Verspätung genutzt: Sie hatte auf die fortwirkenden Widersprüche im westlichen Bündnis gesetzt und die BRD weiterhin auf die Strafbank verbannt. Gleichzeitig hatte sie versucht, die angewachsenen Gegensätze im östlichen Lager zu glätten und die Koordinierung im Block anfangs sogar verstärkt. Schon im November 1986 jedoch hob Gorbatschow intern die Eigenverantwortung der einzelnen Parteien hervor und hoffte, die sowjetische Gesellschaft von der aktuellen Beistandsgarantie, von sowjetischer militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung für die Partner in der sozialistischen Gemeinschaft entlasten zu können.

2. a) Somit lag in der Logik der Innen- und Außenpolitik des zentristischen Flügels der KPdSU bereits die Möglichkeit einer Optionsveränderung zugunsten der BRD und zu Lasten der DDR. Offensichtlich hat dies die SED-Führung auch frühzeitig erkannt. Die Reanimation des sowjetischen Sozialismus erforderte mehr als nur die Beschleunigungs- und Vervollkommnungsstrategie der ersten Jahre Gorbatschows. Sie erzwang das Abwerfen der politischen, ökonomischen und moralischen Grundlagen des überkommenen Leninismus-Stalinismus, eine tiefgreifende geistig-moralische Perestrojka.⁶ Vor allem erforderte diese aber eine veränderte internationale Ortsbestimmung der Sowjetunion, eine Ökonomisierung der Außenpolitik und in erster Linie die Liquidierung des kalten Krieges. Die damit verbundene Absage an die bisher extreme Verfolgung einer ideologisch legitimierten Realpolitik, die Hinwendung zu universalen Werten und besonders die seit Herbst 1985 proklamierte „Freiheit der Wahl“ im Rahmen des vorgegebenen sozioökonomischen Systems (anfangs nur als Absage an den interventionistischen Teil der Breschnew-Doktrin und damit der Gewaltanwendung gemeint) erhielten eine ungewollte Dynamik.⁷ Mit der Delegitimierung der Außenpolitik Stalins und seiner Nachfolger

⁵ Ėernjaev, op. cit., S. 26 f.

⁶ A. Brown: *The Gorbachev Factor*. Oxford, New York 1996.

⁷ Vgl. zum Niedergang der UdSSR u. a. H. Brahm: *Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows*, in: J. Elwert, M. Salewski (Hrsg.): *Der Umbruch in Osteuropa*. Stuttgart 1993, S. 29-37; Z. K. Brzezinski: *The Grand Failure*. New York 1989; J. B. Dunlop: *The Rise of Russia and the*

fand auch eine Delegitimierung der bisherigen Deutschlandpolitik des sowjetischen MID und der Internationalen Abteilung des ZK statt. Eine Positionseinübung traditionalistisch gesinnter „Germanisty“ im Beratungsapparat bereite sich vor.

b) Wendepunkt zu einer ernsthaften strategischen Festschreibung der Philosophie des „neuen Denkens“ bildete die UN-Rede Gorbatschows vom Dezember 1988. Vorausgegangen war ein ungewöhnlicher Lernprozess der wichtigsten Gestalter der sowjetischen Politik, man denke außer an Gorbatschow, auch an Schewardnadse, Jakowlew, Medwedjew u. a.⁸ Begleitet wurde dieser Lernprozess vom hinhaltenden Widerstand der Orthodoxen gegen einschneidende Reformen. Dieser wiederum führte zu den Beschlüssen der XIX. Parteikonferenz (Juni/Juli 1988), mit der Zurückdrängung der Parteiherrschaft, der Einflußschwächung der Traditionalisten im Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU (September 1988) und ihrer partiellen Zwangspensionierung im Zentralkomitee (Frühjahr 1989).

c) Bis zu dieser Zeit (1988) hatte die Spielraumerweiterung gegenüber den USA absoluten Vorrang. Der Grund: Nur im Zusammenwirken mit dem Weißen Haus konnte das ökonomisch verderbliche Wettrüsten zurückgefahren, regionale Konflikte – beispielsweise die Afghanistan-Intervention – einvernehmlich gelöst, eine neue, langfristig kostengünstigere Militärstrategie der „hinlänglichen Verteidigung“ ohne Sicherheitseinbußen der UdSSR auf den Weg gebracht werden. Doch schon seit Mai 1987 hatte Gorbatschow auf eine vorsichtige Erweiterung des Handlungsspielraums gegenüber der BRD gesetzt – ohne allerdings Zugeständnisse in der deutschen Frage einzuräumen. Zwar zielte er noch keine Vorzugsbehandlung der BRD an, doch wollte er mit der bewußten Neuöffnung der deutschen Frage („Was in hundert Jahren sein wird...“) dem dringend benötigten Mitspieler im internationalen System eine gewisse Plazebo-Injektion verabreichen. Zu dieser Zeit war einerseits die Distanz Honeckers und der Mehrheit seines Teams gegen Gorbatschows Glasnost

Fall of the Soviet Empire. Princeton 1993; H. Horn: Der Kollaps des kommunistischen Herrschafts-systems in der Sowjetunion. Ursachen und Folgen, in: Osteuropa, Jg. 43, No. 1, S. 33-43; R. Pipes. Communism: The Vanished Specter. Oslo, Oxford 1993; K. Segbers: Der sowjetische Systemwandel. Frankfurt 1989; ders.: Perestrojka-Zwischenbilanz. Frankfurt 1990; G. Simon; N. Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1990; „Z“ (d.i. M. Malia): To the Stalin Mausoleum, in: Daedalus, Jg. 119, No. 1, Winter 1990, S. 295-344.; Jahrbuch Sowjetunion 1990/91, hrsg. vom BIÖst Köln. München 1991; C. W. Wohlforth: The Elusive Balance: Power and Perceptions during the Cold War. Ithaca, London 1993; F. Halliday: From Kabul to Managua: Soviet American Relations in the 1980s. New York 1989, S. 17, 108 f, 134 ff.; J. L. Gaddis: The United States and the End of Cold War: Implications, Reconsiderations, Provocations. Oxford 1992, S. 155 ff.; P. Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt a.M., S. 21. Vgl. auch die komparative Studie von J. Snyder: Myth of Empire. Domestic Politics and International Ambition. Ithaca, London 1991, bes. S. 212-254, die die verschiedenen innenpolitisch bestimmten Ansätze sowjetischer Weltmachtspolitik nach Stalin analysiert und auf die Nähe Gorbatschows zu Malenkows Strategie hinweist. Vgl. auch Ch. Kupchan: The Vulnerability of Empire. Ithaca, London 1994.

⁸ Vgl. P. Palazchenko: My Years with Gorbachev and Shevardnadze. University Park, Pennsylvania 1997, S. 171 ff.; vgl. auch C. McGiffert Ekedahl; M. A. Goodman: The Wars of Eduard Shevardnadze. University Park, Pennsylvania 1997.

und Perestrojka auch nach außen gedrungen. Andererseits erkannten selbst die Traditionalisten, daß die ökonomische Unterstützung aus der DDR für die sowjetische Umgestaltung nur minimal sein konnte. Vielmehr band die Option für den Erhalt der DDR und des sowjetischen äußeren Imperiums gewaltige sowjetische Ressourcen. Gleichzeitig war nach Meinung Frank-Joachim Herrmanns, des engsten persönlichen Mitarbeiters des Staatsratsvorsitzenden, das Insistieren Honeckers auf seinem Besuch der Bundesrepublik im Jahre 1987, noch vor Gorbatschows Reise nach Bonn, wie auch seine Ablehnung politischer Reformen, „Wasser auf die Mühlen“ jener, die die Aufgabe der Fürsorgepflicht Moskaus für die DDR oder die „Minimierung des Gewichts der DDR und anderer Verbündeter“ gedanklich vorbereiteten.⁹

d) Seit dem Herbst 1988 erweiterte sich der Handlungsspielraum sowjetischer Außenpolitik um den Faktor Deutschland. Die Perzeptionen und Optionen der sowjetischen Diplomatie weiteten sich nach Westeuropa aus, während sie sich nach Osteuropa verengten.¹⁰ Mit dem Moskauer Treffen Gorbatschows und Kohl im Oktober 1988 veränderte sich auch die persönliche Sichtweise des Generalsekretärs auf den Kanzler. Der Besuch des sowjetischen Präsidenten in der Bundesrepublik im Juni 1989 beeinflusste dessen psychische Disposition hinsichtlich Deutschlands.¹¹ Überall in Bonn und andernorts, aber auch bei seinem Visiten in Paris und Straßburg, spürte Gorbatschow die Sympathie nicht nur der politischen Klasse des Westens (er hatte diese auch bei seinen vorhergehenden Treffen mit führenden US-Politikern erfahren), sondern noch mehr der einfachen Menschen. Diese persönlichen Begegnungen waren möglicherweise noch intensiver als die sich seit 1987 verdichtenden Treffen mit westdeutschen Politikern, Konsequenz des Ratschlags von Botschafter Kwizinskijs auch mit konservativen Politikern. Tschernjajew schreibt: „Das war überhaupt nicht das Land und das Volk, von dem wir uns unter dem Eindruck der Jahre 1941 bis 1945 und des ‘Kalten Krieges‘ ein Bild geschaffen hatten.“¹²

e) Über die bisherige Perzeption des strategischen Verbündeten, der DDR, legte sich eine attraktivere der Bundesrepublik. Kein Wunder angesichts der Entwicklungen in der DDR des Herbstes 1989. Erstaunlich bleibt, wie passiv Gorbatschow seit 1986 auf die Appelle der Anti-Honecker-Verschworenen im Politbüro (Stoph, Mielke, Neumann, Krolkowski und auch Hager) reagierte.

9 F.-J. Herrmann, Neues Deutschland, 6./7.9.1997, S. 12.

10 K. v. Beyme: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1994; J.F. Brown: Eastern Europe and Communist Rule. Durham, London 1988; ders.: Surge to Freedom. The End of Communist Rule. Durham, London 1991; K. Dawisha: Eastern Europe, Gorbachev and Reform. The Great Challenge. Cambridge, 2. Auflage, 1990; C. Gati: The Bloc that Failed. Soviet East-European Relations in Transition. London 1990; ders.: Eastern Europe on its Own, in: Foreign Affairs, Jg. 68, No. 1-89, S. 90-119; A. Pravda (Hrsg.): The End of the Outer Empire: Soviet-East-European Relations in Transition. London 1990, bes. dessen Kapitel: Soviet Policy towards Eastern Europe in Transition: The Means Justify the End, S. 1-34; H. Timmermann: The Soviet Union and Eastern Europe: Dynamics of Finlandization“, in: Radio Liberty: Report on the USSR, Jg. 2, No. 33, S. 15-18.

11 So A. Tschernjajews Analyse bereits bei seinem Vortrag vor dem Göttinger Arbeitskreis am 5. Mai 1995 in Mainz; russ. Manuskript.

12 Ėrnjaev, Anm. 3, op. cit., S. 29.

Vermutlich, weil ihre Namen nicht gerade für Progressivität standen oder weil er sich tatsächlich aus der Innenpolitik der sozialistischen Staaten heraushalten wollte. In Polen allerdings hatte er sich im August 1989 deutlich eingemischt, um die sicherheitspolitischen Kommandohöhen nicht der „Solidarność“ zu überlassen.

3. a) Bemerkenswert bleibt, daß Gorbatschow die Repressionsvorbereitungen Honeckers gegen die Demonstranten in der DDR weder unterband noch unterstützte. Offensichtlich hielt er auch hier an seinem Prinzip der „Freiheit der Wahl“ fest, was allerdings auch für den Sturz Honeckers und die Tage danach wesentlich war, denn er forderte von den Soldaten der WGT, wie das auch zuvor üblich war, daß sie sich während des jeweiligen DDR-Jubiläums in den Kasernen aufhalten sollten. Hatte Gorbatschow keine ausreichenden Informationen über die Krise der DDR und die Stärke der Opposition? Offensichtlich sah er die Situation als weniger ernst an, als beispielsweise der ZK-Abteilungsleiter für internationale Verbindungen, Falin, oder das KGB. Der Leiter der Analyseabteilung des KGB in Ostberlin, Kusmin, hatte schon 1988 die Tendenz zur Unumkehrbarkeit der Wiedervereinigung prognostiziert. Dabei hatte er zum Teil die operative Zielstrebigkeit westdeutscher Strategien überschätzt, die ostdeutsche Abhängigkeit von Bonn aber wohl richtig gesehen. Kusmin wies unlängst daraufhin, daß Gorbatschow alle Honecker-kritischen Informationen übermittelt worden waren, gab allerdings zu, daß man beim KGB weder die Rolle der Kirchen noch die der Opposition überhaupt verstanden habe. Sie hätten sich nicht in das ideologisch vorgegebene Bild einpassen lassen.¹³

b) Inzwischen ist von autoritativer Quelle bestätigt worden, daß Gorbatschow bereits Ende August 1989 die Öffnung der ungarischen Grenze auch für die DDR-Bürger billigte¹⁴, was allerdings solidarische Pressekommentare mit der DDR-Position nicht ausschloß. Wollte Gorbatschow, wie behauptet wird, das Honecker-Regime schwächen, um die DDR reformieren zu lassen? Auszuschließen ist nicht, daß er indirekten Druck ausübte. Jedenfalls erschütterte Gorbatschows Zurückhaltung und Schewardnadses Vermittlungsstil in New York (vorübergehende Lösung des Flüchtlingsproblems in den BRD-Botschaften Ostmitteleuropas) – ungeachtet seiner scharfen antibundesdeutschen Rede im September von der UN-Vollversammlung – die Position der SED und sorgte dafür, daß Zehntausende ostdeutscher Flüchtlinge die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau verlassen konnten. Von hier bis zur Verstärkung destabilisierender Momente durch Fortsetzung der Flucht und antipodische Bildung einer massenhaften (angeblich) prosozialistischen, Pro-DDR-Oppositionsbewegung war nur ein kurzer Weg. Er führte direkt in die „Wende“.

¹³ Kuz'min, 1997; ders. in einem Vortrag am 24.9.1997 im BIOst, Köln.

¹⁴ Vgl. hierzu H. Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargest. von K. Diekmann; R.-G. Reuth. Berlin 1996, S. 75.

c) Nach dem Sturz Honeckers, bei welchem Gorbatschow nicht direkt beteiligt war, ging die sowjetische Führung davon aus, daß sich ihre Handlungsspielräume eher wieder verbreitert hätten. Zumindest die Zentristen – d. h. die systemimmanenten Reformer im Politbüro der KPdSU – hofften, die SED unter Krenz werde nunmehr geradezu im Sauseschritt den Reformstau auflösen und versicherten ihn Moskauer Solidarität. Gorbatschow und Schewardnadse waren offensichtlich davon überzeugt, die DDR könne sich weitere Jahre halten. Sie waren nunmehr auch bereit, eine intensivere Annäherung Ostberlins an Bonn zu fördern. Was hätten sie auch sonst tun sollen, waren doch die wirtschaftlichen Mittel der UdSSR begrenzt, die Sowjetunion selbst inmitten einer schweren ökonomischen und nationalen Krise?

d) Auch unmittelbar nach dem vermutlich nicht abgesprochenen Mauerfall vom 9. November war es die Auffassung des Moskauer Reformflügels, der Spielraum der DDR und damit auch der sowjetische, habe sich durch die Öffnung dieses Ventils erweitert, die Revitalisierung der DDR, nicht ihr Ende, sei zu erwarten. Anders sahen es einige Traditionalisten im Partei- und Staatsapparat und vermutlich besonders der Oberkommandierende der WGT in der DDR. Gorbatschow und Schewardnadse stellten sich ihrem Ansinnen, die Mauer mit Gewalt zu wieder zu schließen, entgegen. Unlängst ist darauf verwiesen worden, daß der Einsatz der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen auch deswegen nicht greifen konnte, weil a) das Offizierskorps bereits demoralisiert, einige korrupt gewesen seien (Verkauf modernsten Kriegsgeräts), das Tiflis-Syndrom um sich gegriffen hätte (Abwälzen der Verantwortung von den Entscheidungsgremien auf den örtlichen Wehrdistriktskommandeur) c) das Vertrauen in Entscheidungen der Moskauer Staatsführung geschwunden sei und d) die Truppen nicht für Polizeieinsätze in der DDR vorbereitet gewesen sein.¹⁵ Dennoch wird behauptet, daß der UdSSR-Botschafter persönlich alle Gewaltaktionen hätte untersagen müssen. Wesentlich war in der Tat, daß alle Demonstrationen friedlich verliefen und Provokationen sowjetischer Empfindlichkeiten weitgehend ausblieben.

e) Die Gewaltoption konnte allerdings ohnehin nicht greifen, weil damit zwar möglicherweise die DDR noch einige Zeit hätte gehalten werden können, Kardinalziele der Moskauer Reformer aber verfehlt worden wären: 1. die Liquidierung des Kalten Krieges, 2. die notwendige Reduzierung der Rüstungsausgaben, 3. die Integration in das europäische Haus und 4. die Einbindung in die Weltwirtschaft. Gorbatschow, Schewardnadse und Jakowlew waren nicht bereit, diesen Preis zu zahlen. Jetzt wirkte sich negativ aus, daß sich die sowjetische Außenpolitik jahrelang Initiativen in der Deutschlandpolitik versagt hatte. Die Mauer, die man hätte steineweise gewinnbringend abbauen können, war ungeplant gefallen. Zuvor hätten Moskau und Ostberlin eine weitere Lockerung des Reiseverkehrs, vorteilhafte Kooperationen und schließlich eine Konföderation oder andere Formen eines von der UdSSR mitverantworteten Deutschland anbieten können. Doch der Handlungsspielraum war (unter dem

15 So der Leiter der Analyseabteilung des KGB in Berlin, I. Kusmin.

Einfluß der traditionalistisch geprägten Germanisten) wegen des ideologisierten geopolitischen Denkens und der Rücksichtnahme auf die DDR-Eliten einseitig beschnitten worden. Die Zeit war den sowjetischen Strategen, die zu meist Schüler Gromykos waren, davongelaufen und auch Gorbatschow hatte Illusionen über die Reformierbarkeit der DDR unter den Bedingungen nationaler und sozialer Teilung nachgehungen.

f) Die neuformierte SED-Führung war jedoch nicht in der Lage, den eigenen Perestrojka-Ankündigungen in der Bevölkerung den notwendigen Rückhalt zu verschaffen. Vielmehr setzte sich gerade unter Krenz der freie Fall der DDR fort und ließ die Handlungsoptionen der UdSSR-Diplomatie erneut schrumpfen. Andererseits verfügte sie über wenig Instrumente, vor allem keine der wirtschaftlichen Stützung, um dem Tandem Krenz-Modrow aus der Patsche zu helfen.

g) Mit dem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 ging die anfangs noch tastende Initiative auf das Bonner Kanzleramt über. Als Reaktion darauf fiel den Moskauer Spitzenpolitikern wenig mehr ein, als zu versuchen, die zumindest für Deutschland als Ganzes bereits im Jahre 1948 abgelegte Option der Viermächteverantwortung wiederzubeleben. Das Treffen mit Mitterrand in Kiew Anfang Dezember und das Zusammentreten der alliierten Botschafter in der Berliner Alliierten Kommandantur zeigten jedoch an, daß zwar einige westeuropäische Staaten hinsichtlich der möglichen Wiedervereinigung Zurückhaltung übten, der sowjetische Aktionsraum aber durch das klare Übergewicht der USA einerseits und durch den Zerfall der SED-Herrschaft andererseits eng geworden war.

4. a) Nach Beratungen im engsten Kreis (übrigens nicht dem KPdSU-Politbüro), einer Lageeinschätzung des KGB-Chefs Krjutschkow am 26. Januar und folgenden Begegnungen mit DDR-Premier Modrow am 30. Januar sowie mit dem SED-PDS Vorsitzenden Gysi am 2. Februar in Moskau kam die sowjetische Führung zur Auffassung, die innere Vereinigung Deutschlands sei nicht mehr aufzuhalten. Vielmehr wäre es sinnvoll, sich an deren Spitze zu setzen. Es galt, äußeren Handlungsspielraum wieder zurückzugewinnen, da sich dieser Prozeß ansonsten unkontrolliert fortgesetzt hätte. Da der Reformflügel, wie schon betont wurde, keine Gewalt einsetzen mochte, wären die Rechte der Siegermacht UdSSR ansonsten von der Realität konsumiert, die sowjetischen Truppen vermutlich ohne Gegenleistungen Deutschlands zum Abzug gezwungen worden, ein nunmehr möglicher, andersartiger großer Entwurf für das gemeinsame europäische Haus versagt geblieben. Kein Wunder, daß die deutschlandpolitischen Experten von den grundsätzlichen Entscheidungen erst nachträglich informiert wurden. Dennoch regte sich auf der ZK-Sitzung zwischen dem 5. und dem 8. Februar – vor dem Hintergrund von Entwicklungen in Osteuropa – im Politbüro erstmals Widerstand gegen die deutschlandpolitische Linie Gorbatschows. Der Generalsekretär verließ das Plenum jedoch als Sieger.

b) Gorbatschow, der sich bis zu diesem Zeitpunkt zumindest öffentlich keinesfalls als Vorreiter deutscher Einheit erwiesen hatte, suchte den sowjetischen Handlungsspielraum in der Begegnung mit Kohl und Genscher am 10. Februar 1990 neu zu definieren. Als der Kanzler den Kreml verließ, hatte er den Schlüssel zur Vereinigung in der Tasche. Zu dieser Zeit hoffte Gorbatschow allerdings noch auf einen längeren Prozeß der Vereinigung, den er auf Seiten der DDR – Meinungsumfragen zufolge – von der deutschen Sozialdemokratie gestaltet sah. Die vorgezogenen Wahlen am 18. März 1990 in Ostdeutschland belehrten ihn eines anderen.

c) Wie auch bei späteren Gelegenheiten erwies sich Gorbatschows diplomatische Taktik, erst ein überraschendes Zugeständnis zu gewähren und dann, falls der Spielraum ausreichte, den Kontrahenten zu fordern – völlig im Gegensatz zur Linie früherer sowjetischer Chefunterhändler – als ambivalent. Übrigens besonders deswegen, weil sich der sowjetische Außenminister von den Vertretern der zentristischen und erst recht der orthodoxen Linie abzulösen begann, die Mehrheit im Politbüro, beraten von den traditionalistischen Experten, jedoch auf größtmögliche Wahrung sowjetischer Interessen im Sinne der Realpolitik setzte. In der Tat zeigte die Etappe zwischen dem Februar und dem Juli 1990 widersprüchliche Signale an, die auf eine innenpolitisch bedingte Verengung des Handlungsspielraums hindeuteten. Hierzu trug auch bei, daß sich in den Volkskammerwahlen 1990 nahezu 50 Prozent der DDR-Wähler auf die von Kohl dominierte „Allianz für Deutschland“ festlegte und damit der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 mehr als wahrscheinlich wurde.

d) Die Festlegung der äußeren Bedingungen der Vereinigung stieß jedoch um so mehr auf Schwierigkeiten und führte zu ersten Verstimmungen zwischen dem sowjetischen Präsidenten und seinem Außenminister. Auf der Politbürositzung am 3. Mai 1990, unmittelbar vor dem ersten Zwei-plus-Vier-Ministertreffen in Bonn, wurde Schewardnadse gegen seine Überzeugung von der Mehrheit und dem erregten Gorbatschow persönlich auf eine resolute Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland festgelegt. Die Grundidee, mit der Schewardnadse in die ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gehen mußte, beinhaltete, die innere Vereinigung von der äußeren abzukoppeln, sich Einmischungsrechte im vereinigten Deutschland zu sichern und die äußere Souveränität Deutschlands über längere Zeit in der Schwebe zu lassen. Diese Linie konnte tendenziell dazu führen, daß die UdSSR sich erneut isolierte und jeden Handlungsspielraum verlor, planten doch die Westmächte, ihre Deutschland betreffenden Prärogative gegebenenfalls einseitig niederzulegen. Da sich in der UdSSR eine schwere Devisenkrise abzeichnete, hatte Schewardnadse noch einen Tag vor Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn um großzügige finanzielle Unterstützung der Perestrojka – gedacht war an einen Kredit von zwanzig Mrd. DM – nachgesucht. Deutsche Zusagen waren um so wesentlicher, als sich US-Präsident Bush wegen des militärischen Eingreifens im Baltikum gegenüber sowjetischen Finanzforderungen spröde zeigte. Der Einwirkungsspielraum der Traditionalisten, die im

Frühjahr auf Gorbatschow zunehmend Einfluß genommen hatten, wurde durch die wirtschaftliche Notsituation der UdSSR immer enger.

e) Beim Treffen Schewardnades mit Genscher in der UN-Mission der Sowjets am 23. Mai setzte sich der sowjetische Außenminister für eine Übergangszeit ein, in der beide deutsche Staaten beiden Militärbündnissen angehören sollten. Als wichtigen Ausweg aus der verfahrenen Situation bot er einen Vertrag zwischen NATO und Warschauer Vertrag an, „mit dem eine Assoziierung, eine Zusammenarbeit oder ähnliches vereinbart werde“. Die Begegnung mit Mitterrand am 25. Mai bewies Gorbatschow jedoch, daß auch der französische Präsident die freie Bündniswahl für die Deutschen einforderte und Limitierungen deutscher NATO-Mitgliedschaft ablehnte.¹⁶

f) Als Gorbatschow Ende Mai 1990 in die USA flog, standen für ihn amerikanische Wirtschaftshilfe und ein Handelsabkommen im Vordergrund. Unter dem Druck der auf ihn lastenden Probleme und ohne Abstimmung mit dem Politbüro der KPdSU konzidierte er dem US-Präsidenten, Deutschland könne seine Bündniszugehörigkeit selbst bestimmen. Bush hatte auf die Fortgeltung der KSZE-Schlußakte und die darin enthaltende Wahlfreiheit verwiesen und Gorbatschows Achillesferse getroffen. Letzterer mochte angesichts der Vorbehalte vieler Deutscher gegen die NATO glauben, daß er noch Spielraum besaß. Tschernjajew kommentierte 1993, daß mit der Washingtoner Gipfelkonferenz die Frage, ob Deutschland vereint werden solle oder nicht, vom Tisch gewesen sei.¹⁷ Bereits am Rande der Begegnung mit dem deutschen Außenminister in Münster (18. Juni 1990) ließ Schewardnadse seinen Gehilfen Terassenko gegenüber Genschers Bürochef ankündigen, die von ihm auf dem folgenden zweiten Zwei-plus-Vier-Treffen in Berlin vorzutragende Maximalposition müsse nicht ernst genommen werden.¹⁸

Die dennoch von Schewardnadse am 22. Juni referierten Grundprinzipien enthielten noch die vom stellvertretenden Außenminister Kwizinskij auf der Grundlage einer Politbürodirektive ausgearbeitete Linie:

1. Internationale Abkommen der BRD und DDR sollten für weitere fünf Jahre in Kraft bleiben;
2. von deutschem Boden durften weder allein noch durch das geschlossene Bündnis jemals militärische Handlungen ausgehen, es sei denn in Fällen der Ausübung des Rechts aus Selbstverteidigung;
3. die Gesamtzahl deutscher Truppen dürfe insgesamt 200.000 bis 250.000 nicht übersteigen;
4. die faktische Teilung Deutschlands auf blockpolitischem Gebiet sollte nicht verändert werden;
5. auch nach Ablauf der Reduzierungsfrist deutscher Truppen (nach drei Jahren) sollten die in Deutschland stationierten Truppen der Vier Mächte nur um 50 Prozent vermindert, nach weiteren Schritten und Verhandlungen auf symbolische Stärken vermindert werden;
6. Bundeswehr und

16 Mitterrand im Zentralen Sowjetischen Fernsehen, 25.5.1990, Hinweis bei Biermann 1997, S. 589 f, Anm. 693.

17 Tschernjajew im Interview mit dem Autor vom Mai 1993 im Gorbatschow-Fonds, Moskau.

18 R. Kiessler, F. Elbe: Ein runder Tische mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993, S. 159; E. Pond, op. cit., S. 217.

Volksarmee sollten bis zur Auflösung der beiden Militärallianzen oder dem Austritt Deutschlands aus diesen Bündnissen bestehen bleiben und innerdeutsche Linien nicht überschreiten dürfen, 7. einundzwanzig Monate nach einer gesamtdeutschen Parlamentswahl und Regierungsbildung sollte eine Konferenz der Außenminister die Gesamtsituation der Realisierung dieser Bedingungen prüfen.¹⁹ Terassenko bedeutete dem erbosten amerikanischen Delegationsmitglied Ross, die „Grundprinzipien“ könnten bereits als „von den Ereignissen überholt“ angesehen werden. Schewardnadse habe das Politbüro-Papier nicht vor dem kommenden Parteitag widerrufen wollen. Er sei jedoch vom Minister beauftragt worden, neue Vorschläge für die Zeit nach dem 15. Juli zu entwerfen. In der sowjetischen Botschaftsresidenz wertete Schewardnadse gegenüber seinem US-Amtskollegen Baker das Dokument als der innenpolitischen Lage geschuldet restlos ab.²⁰ Damit war der Spielraum der Sowjets überraschend geschmälert worden. Die sowjetische Diplomatie erklärte den XXVIII. Parteitag zur Wasserscheide und machte dessen Erfolg auf außenpolitischem Gebiet von westlichen Zugeständnissen, besonders vom künftigen Londoner NATO-Gipfel, abhängig.²¹

5. a) Noch Ende Juni 1990 sah die Position des sowjetischen Präsidenten wie folgt aus:

1. Doppelmitgliedschaft Deutschlands in beiden Militärbündnissen; 2. Aufrechterhaltung der Viermächterrechte für eine fünfjährige Übergangsperiode; 3. gleichzeitiger Abzug der östlichen und westlichen Streitkräfte; 4. Festlegung einer Obergrenze für deutsche Streitkräfte auf unter 300.000 Mann.

Gorbatschow hatte als Zentrist zwischen den traditionalistischen und progressiven (letztere anfangs nur von Wissenschaftlern vertreten) Positionen laviert. Vermutlich hatte er für sich persönlich bereits Ende Mai seine abwiegelnde Linie hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands bereits geräumt. Nach wie vor aber orientierte sich die 3. europäische Abteilung bei ihren Papieren für Außenminister und Präsidenten an den Vorstellungen des stellvertretenden Außenministers Kwizinskij. Auch die internationale Abteilung des ZK ließ sich unbeirrt vernehmen, eine deutsche NATO-Zugehörigkeit sei „absolut unannehmbar.“ Ähnlich äußerte sich auch Generalstabschef Moissejew.²² Falin, der von der Durchführung des Gorbatschow-Kohl-Treffens im Juli 1990 völlig ausgeschlossen war, suchte den Präsidenten mehrfach vor den Conse-

19 Übers. Text bei J. A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Berlin 1993, S. 41-46.

20 J. A. Baker: The Politics of Diplomacy. New York 1995, S. 229 f.; H.-D. Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 821.

21 Zelikow und Rice formulieren „The Soviet foreign minister had virtually put the fate of German unification within the alliance's own hands.“ Vgl. P. Zelikow; C Rice: Germany Unified and Europe Transformed. Cambridge, MA, London 1995, S. 304.

22 Interview Portugalows, in: Bild-Zeitung, 2.7.; Interview Moissejews, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 14.7.1990.

quenzen einer Akzeptanz des Beitritts der DDR zur BRD nach Art. 23 GG und vor der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zu warnen.²³

b) Die positiven Signale des NATO-Gipfels von London (5./6.7.1990), weniger intensiv des EU-Gipfels (25.6.1990) und des G7-Gipfels in Houston (9.-11.6.1990), stärkten Gorbatschows Anpassungsbereitschaft. Bush und Kohl hatten sich besonders für eine Entfeindung der Bündnisse eingesetzt und die Atomwaffen zu Mitteln des „letzten Rückgriffs“ erklärt.²⁴ Die Regierungschefs begruben damit die bisher gültige Strategie der flexible response.²⁵ Hinsichtlich der ökonomischen Unterstützung war jedoch nicht zu übersehen, daß die Sowjetunion immer mehr auf die Bundesrepublik angewiesen war. Auf den Westwirtschaftsgipfeln hatte man den IWF aufgefordert, eine Studie über den Zustand der sowjetischen Ökonomie anzufertigen und erklärte sich erst danach in der Lage, zu entscheiden.

c) Der Parteitag der KPdSU vom 2. bis 14. Juli bestätigte die taktische Meisterschaft Gorbatschows. Im bisherigen ZK hatten sich zuvor zwei Drittel der ZK-Mitglieder zu Gegner Gorbatschows entwickelt.²⁶ Den Konservativen war es trotz angemeldeter Kritik nicht vergönnt, eine Revision der Deutschlandpolitik durchzusetzen. Einerseits wurde alle Schuld am Verlust der sozialistischen Gemeinschaft Schewardnadse zugeschoben, der seine Kritiker schon zuvor als McCarthyisten bezeichnet hatte.²⁷ Andererseits gewann der Präsident und wiedergewählte Generalsekretär durch ein völlig umgestaltetes und bedeutungsschwaches Politbüro, das außer ihm keinen weiteren Vertreter der zentralen Staatsexekutive mehr enthielt, größeren Handlungsspielraum. Der Weg war frei für den sensationellen Kompromiß mit der westdeutschen Regierung Mitte Juli 1990.

d) Zu dieser Zeit war die Wirtschafts- und Währungsunion der DDR mit der BRD (1. Juli 1990) wirksam geworden. Es war absehbar, daß sich der Druck aus Ostdeutschland auf einen schnellen Beitritt zur BRD verstärken werde. Gorbatschow und Schewardnadse mußten dies in Rechnung stellen. Die Zeithorizonte der Einigung verengten sich. Bei der Vorbereitung für den Kohlbesuch wollte sich Gorbatschow nicht mehr von Querschüssen wie etwa aus der Falin-Ecke stören lassen. So beschränkte er den Kreis bei der Entscheidungsfindung auf den Außenminister, auf die engen Berater Tschernjajew und Sagladin, möglicherweise wurden auch Jakowlew und Schachnasarow zu Tei-

23 Memorandum Falins vom März 1990, vgl. V. Falin: Konflikte im Kreml. München 1997, S. 314-316. Zu Falins Standpunkt in einem Telefongespräch unmittelbar vor dem Eintreffen Kohls in Moskau, vgl. V. Falin: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 492 ff. Falin soll am 18. Mai in der sowjetischen Botschaft in der DDR zur Verhinderung beider Entwicklungen den Einsatz von zwei Millionen sowjetischer Soldaten gefordert haben, nach Information des sowjetischen Gesandten an der sowjetischen Botschaft, Igor F. Maximytschew.

24 H. Teltschik: 329 Tage. Berlin 1991, S. 301 ff; die abweichende Position der Briten bei M. Thatcher: The Downing Street Years. London; New York 1993, S. 1120 ff.

25 Europa-Archiv, 17, 1990, SD 456-460.

26 Interview von Zelikow mit Tschernjajew, Januar 1994, in: Zelikow; Rice, a. a. O.; Kapitel 9, FN 12, S. 469.

27 Pravda, 4.7.bzw. 26.6.1990

len der Diskussionen hinzugezogen.²⁸ Die letzte Entscheidung behielt sich der Präsident jedoch selbst vor. Mitarbeiter aus dem MID, dem ZK oder dem Verteidigungsministerium wurden bei der abschließenden Begegnung in Archys (Kaukasus) nicht hinzugezogen.

e) Die politischen Reformen des Jahres 1988 und die Ergebnisse des XXVIII. Parteitags vom Juli 1990 hatten Gorbatschow einen ungewöhnlich autoritären Stil ermöglicht. Die Bevölkerung war zunehmend durch eigene Nöte abgelenkt. Außerdem hatte sich ihre Einstellung zu Deutschland im Laufe der Generationswechsel verändert. Die Ankündigung der Marktwirtschaft hatten einen Teil der bereits in die Ökonomie abgewanderten ehemaligen zweiten und dritten Ebene der Nomenklaturelite die Hoffnung vermittelt, die eigene Existenz sei an der Seite der Bundesrepublik Deutschland leichter abzusichern als gegen diese. Möglicherweise war auch deswegen so geringer Widerstand gegen Gorbatschows Deutschlandpolitik zu verspüren.

6. a) In Moskau und noch intensiver in Archys vollzog Gorbatschow eine historische Wende. Freilich hatte sich diese seit langem angebahnt. Noch am Vormittag des 15. Juli beharrte der Präsident darauf, Deutschland solle zwar formal der NATO angehören, faktisch aber nur mit dem Gebiet der alten Bundesländer. Auch wollte er sich zu Beginn nur mit einer Bundeswehr von 300.000 Soldaten abfinden. Manchem erscheint der schließlich in Shelesnowodsk verkündete Kompromiß auch heute noch unerklärbar. Hilfreich war dabei sicherlich das Angebot des Kanzlers, mit einem „Großen Vertrag“, eine völlig neue und dauerhafte Perspektive bilateraler Zusammenarbeit zu eröffnen. Für Schewardnadse war anfangs wesentlich, daß sich auch nach einem Abzug sowjetischer Truppen, NATO-Strukturen nicht auf Ostdeutschland erstrecken dürften. Gorbatschow präzierte, daß dies Verbot insbesondere für Nuklearmittel gelten müsse.

Während der Verhandlungen akzeptierten die sowjetischen Verhandlungsführer, daß Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags auch für den Osten Gültigkeit hätten. Schließlich stimmte Gorbatschow zu, daß nach dem Abzug sowjetischer Streitkräfte auch der NATO unterstellte deutsche Truppen auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden dürften.²⁹ Die wichtigsten sowjetischen Zugeständnisse waren die Bestätigung, daß das vereinigte Deutschland in der NATO verbleiben und daß alle sowjetischen Truppen innerhalb von vier Jahren aus Ostdeutschland abziehen würden, während die westlichen in Deutschland bleiben dürften. Unterstützt wurde das endgültige sowjetische Nachgeben, welches freilich schon im Mai 1990 gegenüber den USA angesprochen worden war, durch finanzielle Kompensationen. Angesichts der obwaltenden wirtschaftlichen Nöte der UdSSR war es den sowjetischen Traditionalisten vorbe-

28 Sagladin im Gespräch mit R. Biermann am 13.4.1994, nach Biermann, op. cit., S. 681.

29 Vgl. Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 724 ff.; Kwizinskij, S. 47 ff.; H. Kohl: *Ich wollte Deutschlands Einheit* (dargest. v. K. Diekmann; R.-G. Reuth). Berlin 1996, S. 421 ff.; Genscher, S. 828-841. Teltchik, S. 316-342.

halten zu behaupten, die zusammengebrochene DDR sei an die Bundesrepublik verkauft worden.

b) Nach Abschluß des sensationellen Juli-Treffens nahm das Aushandeln finanzieller Details teilweise dramatische Ausmaße an. Gorbatschow schien sogar zuletzt den erzielten Kompromiß von Archys noch einmal zur Disposition zu stellen. Er drohte sogar mit der Blockierung deutscher Souveränität.³⁰ Noch fünf Tage vor dem abschließenden Treffen der sechs Außenminister in Moskau bedeutete Gorbatschow dem Bundeskanzler am Telefon, die gesamten Verhandlungen müßten neu begonnen werden, wenn Bonn nicht die im Zusammenhang mit dem sowjetischen Truppenabzug bis Ende 1994 notwendigen 15 Mrd. DM aufbringe.³¹ Letztlich einigte man sich auf einen Betrag in der Nähe dieser Forderung, wobei der Kanzler zusätzlich zu den bereits vereinbarten 12 Mrd. DM (davon allein 7,8 Mrd. DM für den Bau von Wohnungen für bis Ende 1994 abziehende sowjetische Offiziere, später auf 8,3 Mrd. erhöht)³², einen zinslosen Kredit in der Höhe von drei Mrd. DM anbot. Gorbatschow gab sich damit zufrieden, wohl wissend, daß die deutschen Gesamtleistungen für die Vereinigung und die Stützung der Perestrojka wesentlich höher anzusetzen waren. Tschernjajew schätzte unlängst ein: „Wir haben mehr erhalten, als Deutschland – selbst schon ein mächtiger Staat und Hauptverbündeter einer nuklearen Supermacht – hätte geben müssen: Unterhalt für unsere lange dortgebliebenen Truppen, Bau von Wohnungen für Offiziere; Kredite, Hilfe (auch humanitäre), und aktive Unterstützung in internationalen Angelegenheiten, vor allem in der ‘G-7’. In Geld ist das alles ca. hundert Mrd. Dollar wert. Etwas anderes ist es, was wir daraus gemacht haben.“³³

c) Beim letzten Zwei-plus-Vier-Treffen am 12. September 1990 in Moskau wurde der „Vertrag über die abschließenden Regelungen in Bezug auf Deutschland“ geschlossen. Das vereinte Deutschland verzichtete auf alle Gebietsansprüche. Es erteilte der Herstellung und dem Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie der Verfügungsgewalt über sie eine Absage. Die deutsche Truppenstärke wurde durch vorherige einseitige deutsche Erklärung auf 370.000 Mann festgelegt. Auch nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der ehemaligen DDR dürfen ausländische Streitkräfte dort überhaupt nicht und deutsche integrierte NATO-Kräfte nur ohne Kernwaffenmittel stationiert werden.³⁴

30 Teltschik, S. 348, 352.

31 Der Kanzler bot Gorbatschow bei diesem Gespräch acht Mrd. DM an. Sitarjan hatte von Waigel bei deren Verhandlungen vom 3. bis 4. September sogar 16 bis 18 Mrd. DM gefordert. Schließlich erhöhte der Kanzler zwei Tage vor dem Treffen in Moskau seine Zusagen auf elf bis zwölf Mrd. DM, zuzüglich eines zinslosen Kredits von drei Mrd. DM, vgl. Teltschik, a. a. O., S. 359-363.

32 Um den reibungslosen Abzug der WGT auf Ende August 1994 vorverlegen zu können, wurde diese Summe in einer Übereinkunft zwischen Kohl und Jelzin um weitere 550 Mio. DM aufgestockt. Die direkten Zahlungen Deutschlands betragen somit 15,55 Mrd. DM.

33 Ėernjajev, in: Svobodnaja mysl, (Anm. 3), No. 8, 1997, S. 34.

34 Vgl. den Text in: Deutsche Außenpolitik 1990/1991. Dokumentation. Hrsg. v. Auswärtigen Amt, Bonn 1991, S. 167-171.

d) Am 3. Oktober 1990 vereinigten sich die beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Zwei-plus-Vier-Vertrages.³⁵ Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erfolgte auf der Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD und eines zwischen beiden deutschen Staaten geschlossenen Einigungsvertrages. Am 9. November, dem Jahrestag der Maueröffnung, unterzeichnete Gorbatschow in Bonn den schon am 13. September paraphierten großen Partnerschaftsvertrag. Zu dieser Zeit war das Ende der Perestrojka des Generalsekretärs abzusehen. Dessen Außenminister mußte sich vehement gegen aufbrechende Kritik verteidigen. Schewardnadse, der sich von Gorbatschow im Stich gelassen wähnte und zudem eine heraufziehende Militärdiktatur fürchtete, trat im Dezember 1990, ein Jahr vor dem Ende der Sowjetunion, zurück.³⁶ Tatsächlich hatte sich Gorbatschow immer mehr auf einen orthodoxen Schwenk eingelassen und ließ sich von den späteren Putschisten des August 1991 einrahmen.

e) Im Frühjahr 1991 war sogar die Ratifizierung der geschlossenen Abkommen durch den Obersten Sowjet gefährdet. Mehrfach warnten sowjetische Diplomaten wie der stellvertretende Außenminister Kwizinskij vor den Folgen einer Ablehnung. Dennoch stimmte am 4. März 1991 das Parlament der UdSSR nur den Rahmenverträgen (Zwei-plus-Vier und Partnerschaftsvertrag) zu.³⁷ Das Überleitungs- und das Truppenabkommen waren prinzipiell gebilligt worden. Einige Abgeordnete erhofften sich möglicherweise durch Druck auf die Bundesregierung finanzielle Nachbesserungen. Nachdem Bundesaußenminister Genscher Mitte März nach Moskau geeilt war, um die schnelle Einbeziehung der Sowjetunion in europäische Institutionen zuzusichern, verabschiedete der Oberste Sowjet am 2. April – wieder hinter geschlossenen Türen – die restlichen Übereinkünfte. Zuvor hatte sich der Präsident an den Kanzler gewandt und um die Gewährung eines neuen Kredits in Höhe von 20 Mrd. DM nachgefragt. Diesen mußte Kohl jedoch mit Blick auf die durch die Wiedervereinigung entstandenen Lasten verweigern.

Zusammenfassung

Als Rahmenbedingung wirkte das von Gorbatschow initiierte neue Herangehen an internationale Probleme, das in partnerschaftliche Beziehungen zwischen den Allianzen und interne Transformationen der Militärblöcke mündete. Ein wichtiges Motiv für die Zustimmung zur Vereinigung bildete die begründete Zuversicht, Deutschland werde als Brücke nach Westeuropa, zur Integra-

35 Am 2. Mai hatten beide Regierungen beschlossen, zum 1. Juli 1990 die DM in der DDR einzuführen, womit der DDR die Währungshoheit verloren ging. Am 23. August beschloß die Volkskammer der DDR mit 294 gegen 62 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Beitritt zur BRD. Am 31. August wurde ein Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands durch beide Regierung vereinbart und wenig später von beiden Parlamenten ratifiziert.

36 Der Außenminister reichte seine Rücktrittserklärung am 20. Dezember 1990 ein, vgl. E. Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit. Reinbek bei Hamburg 1991, S. 11.

37 Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. März 1991 gab die Sowjetmacht ihre seit dem 5. Juni 1945 bestehenden und am 3. Oktober 1990 nur ausgesetzten Siegerrechte endgültig auf.

tion in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft in den G-7 dienen. Aber auch weitere realpolitische Motive mögen eine gewisse Rolle gespielt haben: nach Erläuterungen von Falin hoffte Gorbatschow seinerzeit, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO dem alten sowjetischen Ziel doch näher zu kommen, die westliche Allianz letztlich zu zerstören.³⁸ Ein Berater im Umkreis Gorbatschows deutet auch die damals gehegte Illusion einer „Achse Moskau-Berlin“ an, über die „unterschwellig“ schon in Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow die Rede gewesen sei.³⁹ Fragt man abschließend nach der übergreifenden Rationalität der sowjetischen Zugeständnisse, so dürfte klar sein, daß sich angesichts der Verschiebung der Balance of Power, des Abstiegs der ehemaligen Supermacht, der schweren Wirtschaftskrise, der zunehmenden nationalen Konflikte, des Zusammenbruchs der DDR und der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der galoppierenden Schwindsucht der Perestrojka, Gorbatschow nahezu unvermeidlich auf Kooperation mit einem erstarkten, vereinten Deutschland setzen mußte. Die Erkenntnis einer der UdSSR und Rußland wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung und die Abschwächung antideutscher Ressentiments bei den Nationen der Sowjetunion erleichterten ihm die persönliche Entscheidung. Das von Brandt und Schmidt, Scheel und Genscher nach 1969 angehäuften Kapital des Moskauer Vertrages von 1970 hatte sich akkumuliert. Dazu hatte nicht zuletzt auch die deutsche Wirtschaft beigetragen. Seit Ende 1988 bildete sich ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den obersten Repräsentanten von UdSSR und BRD heraus, welches angesichts der Entscheidungsmacht des sowjetischen Präsidenten zu einem der tragenden Pfeiler im Prozeß der Vereinigung Deutschlands wurde.

38 Parteivorstand/Archiv: Einige Gedanken Falins zum Prozess der deutschen Vereinigung vom 15.9.1990, S. 1.

39 Ėernjaev, op. cit., S. 25.